

Stand: 19.12.2025 04:42:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6740

"Abschaffung der Gendersprache in allen Staatsministerien, staatlichen Behörden und kommunalen Gebietskörperschaften"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/6740 vom 24.02.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/8339 des VF vom 07.05.2020
3. Beschluss des Plenums 18/9223 vom 09.07.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 09.07.2020



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer, Dr. Ralph Müller, Markus Bayerbach, Gerd Mannes, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)**

Abschaffung der Gendersprache in allen Staatsministerien, staatlichen Behörden und kommunalen Gebietskörperschaften

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. in allen Staatsministerien und Behörden den Gebrauch der sogenannten gendergerechten Sprache bzw. Gendersprache zu untersagen,
2. § 22 Abs. 1 Satz 2 der Allgemeinen Geschäftsordnung des Freistaats Bayern (AGO) dahingehend zu ändern, dass anstatt geschlechtsneutraler und unnötiger geschlechtsspezifischer Formulierungen die korrekte grammatikalische Form anzuwenden ist, es sei denn, es ist ausschließlich von Frauen die Rede,
3. allen Behörden und kommunalen Gebietskörperschaften eine Handreichung zum korrekten Gebrauch der Deutschen Sprache zur Anwendung auszuhändigen.

Begründung:

Die sogenannte gendergerechte Sprache bzw. Gendersprache wird – außer von Politikern der Altparteien und ideologisierten Interessengruppen sowie der Mehrzahl der Journalisten – von weiten Teilen der Bevölkerung im Schriftverkehr abgelehnt, vom mündlichen Sprachgebrauch ganz zu schweigen. In Ihrer Antwort auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn und Ulrich Singer vom 18.07.2019 zum „Gebrauch der „gendergerechten Sprache“ in bayerischen Ämtern und sonstigen staatlichen Institutionen“ (Drs. 18/3531) antwortete die Staatsregierung, dass die verschiedenen Ansätze gesellschaftlich kontrovers diskutiert würden. Dies ist mitnichten der Fall. Selbst innerhalb weiter Teile der germanistischen Linguistik wird diese präskriptive Sprachnorm weitestgehend abgelehnt.

In Bezug auf diese Tendenz zur Sprachverordnung wird von linguistischer Seite, etwa vom Linguist Prof. Dr. Josef Bayer, wie folgt argumentiert:

„Nichts könnte falscher sein. Mit natürlichem Sprachwandel hat Gendersprache nicht das Geringste zu tun, denn Sprachen wandeln sich niemals in Richtung Unfug.“¹

Nach Auffassung des Germanistikprofessors Rudi Keller wandelt sich Sprache entlang evolutionärer Bahnen und wird nicht verordnet.²

Auf die totalitäre Tendenz der Gendersprache weist der Linguist Prof. Dr. Peter Eisenberg hin, denn wo eine Änderung der Sprechweisen verordnet werde, drohe auch die

¹ Bayer, Josef: „Sprachen wandeln sich immer – aber nie in Richtung Unfug“, Beitrag in NZZ, 10.04.2019

² Vgl. Keller, Rudi: Sprachwandel: Von der unsichtbaren Hand in der Sprache, UTB, 1994

politische Vereinnahmung: „Solche Eingriffe in die Sprache sind typisch für autoritäre Regimes, aber nicht für Demokratien.“³

In ihrer Antwort auf unsere Schriftliche Anfrage vom 18.07.2019 zitiert die Staatsregierung § 22 Abs. 1 Satz 2 der AGO, verschweigt aber bewusst Satz 1 dieser Verordnung. Hier heißt es: „Dienstliche Schreiben sollen höflich, klar und für den Empfänger verständlich sein sowie Fremdwörter möglichst vermeiden.“

Insbesondere hinsichtlich Klarheit und Verständlichkeit ist die Gendersprache nicht geeignet, um in offiziellen Schreiben der Behörden verwendet zu werden.

Sprache ist auch Ästhetik. Hinter der Gender-Sprachpolitik steht ein freiheitsfeindlicher politischer Zwang, damit jede vermutete Minderheit repräsentiert sein möge. Ein Kulturstaat darf diese Abkehr von sprachlicher Schönheit im Namen der Freiheit und Ästhetik nicht dulden.

Über die vorgetragenen Punkte hinaus können auch finanziell und personell Ressourcen gespart werden, wenn man der sprachlichen Richtigkeit vertraut, anstatt Heerscharen sogenannter „Gender-Experten“ zu bezahlen, um an der deutschen Sprache herumzuexperimentieren.

Im Rahmen der Dienstaufsicht hat der Freistaat Bayern Sorge zu tragen, dass sprachlicher Unfug unterbleibt und der Sachinhalt kommuniziert wird. Im Sinne einer freiheitlichen Politik ist darüber hinaus der Bürger vor sprachlicher Bevormundung zu schützen.

Die Aufsicht über den Sprachgebrauch in bayerischen Ämtern nimmt die Staatsregierung beispielsweise in ihrer Handreichung „Freundlich, korrekt und klar – bürgernahe Sprache in der Verwaltung“ bereits wahr. Die darin enthaltenen Empfehlungen richten sich an alle Behörden des Freistaates sowie an sämtliche kommunale Gebietskörperschaften.

In den letzten Jahren gab es immer wieder Versuche, die sogenannte gendergerechte Sprache für Behörden und Verwaltungen von Städten und Gemeinden für verbindlich zu erklären. Diese Fehlentwicklungen sind unverzüglich zu beenden.

³ Eisenberg, Peter: „Ein Säugling ist nicht dasselbe wie ein Gesäugter“, Interview im Deutschlandfunk, 08.03.2017



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a.
und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/6740

Abschaffung der Gendersprache in allen Staatsministerien, staatlichen Behörden und kommunalen Gebietskörperschaften

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Alexander Hold**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 7. Mai 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer, Dr. Ralph Müller, Markus Bayerbach, Gerd Mannes, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/6740, 18/8339

Abschaffung der Gendersprache in allen Staatsministerien, staatlichen Behörden und kommunalen Gebietskörperschaften

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Anne Cyron

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Alexander Hold

Abg. Ruth Müller

Abg. Martin Hagen

Abg. Raimund Swoboda

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 29** auf:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)

Abschaffung der Gendersprache in allen Staatsministerien, staatlichen Behörden und kommunalen Gebietskörperschaften (Drs. 18/6740)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Cyron von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! The world has gone mad. – So könnte man den Zeitpunkt bezeichnen, an dem die Gendersprache Einzug in unseren Alltag genommen hat; denn die politisch korrekte Ausdrucksweise, bei der ganz bewusst beide Geschlechter angesprochen werden, damit sich niemand diskriminiert fühlt, nimmt seit Jahren immer groteskere Züge an.

Unter dem Vorwand der Geschlechtergerechtigkeit setzt man über Hoheitsgewalt in Bildungseinrichtungen, Medien und Behörden die Gendersprache durch, mit der ein ideologischer Umerziehungsauftrag verbunden ist; denn die politische Bereinigung der Sprache ist eine diktatorische und ideologische Anmaßung gegen den Willen der Menschen. Das Ziel ist, Menschen durch Sprache zu erziehen und die Wirklichkeit durch Sprache zu beherrschen.

Sprache ist eines der mächtigsten Werkzeuge. Sprachvorschriften ermöglichen die Manipulation des menschlichen Bewusstseins und erwirken damit Veränderungen in der sozialen Realität. Bestimmte Ausdrücke werden tabuisiert, andere favorisiert. Es geht um Zensur. Letztendlich geht es um Macht und um nichts anderes; denn es wird

eine autoritäre Entscheidung darüber getroffen, in welcher Weise noch öffentlich gesprochen werden darf.

Man versucht, durch Steuerung von Kommunikationsprozessen, Denken in bestimmte Bahnen zu lenken. Es wird festgelegt, was man sagen, was man nicht mehr sagen darf. Was man aber nicht mehr sagen darf, darf man auch nicht mehr denken. Nicht mehr die Gedanken dürfen fortan die Sprache bestimmen, nein, die Sprache soll die Gedanken bestimmen.

Die Gesellschaft als Ganzes soll durch die Sprachvorschriften in ihrem Denken umerzogen werden. Schulbücher, Gesetzestexte, Politikerreden und Vorlesungen – alles ist gendergerecht zu formulieren.

Hier vollzieht sich ein höchst undemokratischer Vorgang zugunsten der Radikalfeministinnen; denn Gendersprech wird in der Bevölkerung nicht akzeptiert.

Sprache ist Produkt einer jahrhundertelangen Entwicklung. Sie ist der Spiegel der Gesellschaft und ständigem Wandel unterworfen. Gender soll die Sprache im Sinne einer Ideologie gewaltsam verändern.

Wenn Begriffe wie "Vater" und "Mutter" aus dem Wortschatz der Kinder verbannt werden und durch "Elter 1" und "Elter 2" ersetzt werden müssen, wenn Kinderbücher umgeschrieben werden müssen, weil dort noch traditionelle Rollenbilder vorkommen, dann ist das Kulturmord, dann ist das Gehirnwäsche; denn Sprache gibt uns Orientierung und sie gibt uns Identität.

Die Genderideologie strebt jedoch die Auflösung der Geschlechter und damit unserer Identität sowie die Abschaffung der traditionellen Familie an. Gendersprache ist Despotismus durch die Radikalfeministinnen gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Gendersprache ist eine Zumutung für guten Stil, Prägnanz und Verständlichkeit und voll von logischen Widersprüchen und gedanklichen Unklarheiten.

Sprache begleitet uns fast jeden Augenblick unseres Lebens. Sie gibt uns Orientierung. Sie gibt uns Identität. Sie bildet die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft und ist damit viel zu wichtig, als dass wir Zugriffe staatlicher Überwachung oder ideologische Besserwisserei dulden dürfen. Ja, sie gibt uns, ebenso wie das Geschlecht, das unsere Genderdamen auch auflösen wollen, Identität.

Beenden wir also das Gender-Umerziehungsprogramm; denn die Menschen, sowohl Männer als auch Frauen, lehnen diese Sprachverhunzungen ab. Diese feministischen Eingriffe in unsere Sprache sind nicht nur lächerlich, sie sind absolut überflüssig und machen guten Stil unmöglich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Guttenberger von der CSU-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Cyron, ich komme, auch wenn es weh tut, einfach mal auf Ihren Antrag zurück. Das Antragsziel ist offensichtlich, in allen Staatsministerien und Behörden den Gebrauch der sogenannten gendergerechten Sprache bzw. Gendersprache zu untersagen. Jedem, der ein bisschen googeln kann, wird eines aufgefallen sein: Eine Gendersprache gibt es nicht. Verschiedene Überlegungen gibt es; eine Gender-sprache gibt es nicht. Dieser Teil Ihres Antrags ist also schon aus diesem Grund völlig ins Leere laufend und damit nicht zustimmungsfähig.

Sie wollen, dass der § 22 Absatz 1 Satz 2 der Allgemeinen Geschäftsordnung des Freistaates Bayern dahingehend geändert wird, dass anstatt geschlechtsneutraler und – wie Sie finden – unnötiger geschlechtsspezifischer Formulierungen die korrekte grammatikalische Form anzuwenden ist. – Die "korrekte grammatikalische Form"! Ich habe aus der Begründung geschlossen, dass die "korrekte Form" aus Ihrer Sicht das sogenannte generische Maskulinum ist. Ich habe, ehrlich gesagt, gedacht, wir hätten dieses Thema in der Form seit den Jahren nach 2001 eigentlich erledigt.

Das wird dann noch – das finde ich besonders charmant – mit der groben Unverständlichkeit begründet, die sich aus der Benennung von männlicher und weiblicher Form in einer Formulierung ergebe. Das ist seit 2001 in Kraft. Sie sehen, ich tue mich hier ein bisschen schwer, ernst zu bleiben. Ich habe seit 2001 weder die Hundertausende gescheiterter Juristen gefunden, die die Gesetze nicht mehr lesen konnten, noch Menschen, die völlig desillusioniert und verwirrt waren, weil sie einen Text nicht mehr verstanden haben.

Weil Sie in Ihrer Begründung so gerne Studien zitieren: Eine Studie hat ergeben, dass es eigentlich nichts ausmacht, ob man die männliche Form, die weibliche Form oder beide Formen verwendet. Vielmehr ist es für die Verständlichkeit entscheidend, ob in einer leichten oder in einer nicht so leichten Sprache formuliert wird.

Sie wollen allen Behörden und kommunalen Gebietskörperschaften eine Handreichung zur korrekten Anwendung der deutschen Sprache aushändigen. Im § 22 Absatz 5 der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats Bayern, auf den sich für die Kommunen auch der § 36 dieser Geschäftsordnung bezieht, ist vorgesehen, dass eine korrekte Rechtschreibung anzuwenden ist. Ob Sie diese korrekte Rechtschreibung aus dem Duden, von der Leibniz-Gesellschaft oder aus irgendeinem anderen Wörterbuch beziehen, steht Ihnen frei. Ich sehe deshalb keine Notwendigkeit dafür, dass der Freistaat Bayern noch einmal auf etwas hinweisen muss, was ohnehin schon gilt.

Was will uns dieser Antrag sagen? – Ich bin ratlos. Ich habe mir überlegt, möglicherweise geht es darum, dass dreimal so viele Männer wie Frauen die AfD wählen. Ich glaube aber, dass das auch nicht der Grund ist. Sie haben von Zensur gesprochen. Ich spreche über die Sprache. Mir fällt da immer Ludwig Wittgenstein ein, der gesagt hat: "Sprache schafft Wirklichkeit, und die Grenzen der Sprache sind die Grenzen des einzelnen Weltbildes." Ich weiß nicht, was Sie mit diesem Antrag gemeint haben. Wer ist hier für Zensur? – Ich glaube, wir finden hier keinen, oder? Das steht aber nicht in Ihrem Antrag.

Ich weiß immer noch nicht, was Sie mit Ihrem Antrag wollen. Ich weiß aber ganz sicher, was wir nicht wollen. Wir haben momentan viele Probleme. Ich war heute auf einer Demonstration der Schausteller. Wir haben viele Probleme, aber das ist kein Problem. Ein Nichtproblem mit einem nicht wirkenden Antrag zu bekämpfen, das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CSU)

Wir halten den Antrag für relativ sinnfrei, und deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Frau Kollegin Eva Lettenbauer von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wort "Unfug" kommt in diesem Antrag zwei- bis dreimal vor. Ich möchte es noch einmal aufgreifen, weil es so gut passt. Dieser Antrag ist einfach grober Unfug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo bitte soll es denn manipulativ sein, die Menschen als vielfältige Menschen anzusprechen und sie so anzusprechen, wie sie sind, nämlich nicht nur als Männer, sondern auch als Frauen und als Menschen aller Geschlechter? – Uns liegt daran, hier mit Sachverstand zu argumentieren.

Schauen wir doch einmal, wie sich die AfD diesem Thema widmet: Die AfD macht aus einer komplexen Frage einen rein technischen Sachverhalt. Die AfD spricht von "Grammatik" und "Ästhetik" und verkennet dabei, dass das eigentliche Problem das generische Maskulinum und die damit verbundene Diskriminierung des signifikanten Teils unserer Gesellschaft ist, nämlich von mehr als der Hälfte der Gesellschaft, von Frauen, von Inter- und von Transpersonen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei geschlechtergerechter Sprache geht es nicht um Grammatik. Es geht nicht um Ästhetik. Es wundert mich sowieso, dass sich eine Partei, die ihre Sprache nutzt, um teils aufs Übelste gegen Minderheiten zu hetzen, um Sprachästhetik sorgt. Da wird definitiv der Bock zum Gärtner gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte auf das zugrundeliegende Problem, auf das ich gerade schon angespielt habe, zurückkommen: Die Sprache ist nicht nur ein technisches System von Regeln und Zeichen, die zu Wörtern zusammengesetzt werden; sie ist nicht nur ein Regelwerk, das wir anwenden. Würde sich die AfD-Fraktion ein bisschen mit sozialwissenschaftlichen Diskussionen beschäftigen, wüsste sie, dass wir mit unserer Sprache unsere Welt konstruieren, weil wir damit kommunizieren. Sprache hat einen Zweck, und sie ist kein Selbstzweck. Ja, was wir sagen, das hat Konsequenzen. Wenn von Rechtsaußen gegen Minderheiten, Migrantinnen und LGBTIQ*-Personen gehetzt wird, dann hat das schreckliche Konsequenzen. Für die Ingenieurin, die tagtäglich mit "liebe Ingenieure" begrüßt wird, ist der Tag, an dem ganz unverhofft ein "liebe Ingenieurinnen und liebe Ingenieure" kommt, ein ziemlich toller Tag und eine unglaubliche Wertschätzung. Ich spreche da aus eigener Erfahrung.

Es macht einen Riesenunterschied, ob die Chefin fragt, wer sich vorstellen kann, "Abteilungsleiter" zu werden, oder ob die Chefin fragt, wer sich vorstellen kann, "AbteilungsleiterIn" zu werden. Ich möchte besonders darauf verweisen, dass Experimente mit Kindern verdeutlichen, wie sehr Sprache das Bild von *dem* Astronauten, *dem* Arzt oder *der* Putzfrau prägt. Wie schön ist es doch, am Ende all der verschiedenen Experimente immer wieder auch zu sehen, wie erfreulich die Nachricht für die Kinder ist, wenn sie erfahren, dass sie auch als Mann Tänzer werden können oder als Frau Lkw-Fahrerin.

Sprache kann spalten, und Sprache kann versöhnen. Sprache kann ausschließen, und Sprache kann inklusiv sein. Genau darum geht es bei diesem Thema. Wir möch-

ten nicht spalten. Wir möchten nicht ausschließen. Wir GRÜNEN möchten, dass sich alle Menschen angesprochen fühlen, nicht nur Männer, nicht nur Frauen, sondern auch die LGBTIQ*-Community; denn Geschlecht ist nicht binär. Diese Vielfalt sollte Sprache abbilden.

Ich halte es für wichtig und richtig zu gendern. Ich halte es für angebracht, dass der Staat alle Bürgerinnen und Bürger vertritt und diese entsprechend anspricht. Nur weil sich die AfD-Fraktion mit dem generischen Maskulinum anscheinend ausreichend angesprochen fühlt, heißt das nicht, dass das auch der Rest der Bayerinnen und Bayern so sieht. Ich kann Ihnen als Mitglied einer Fraktion, die einen besseren Querschnitt der bayerischen Bevölkerung darstellt als Ihre, nur zurufen: Das generische Maskulinum reicht nicht aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist keine Frage der Linguistik; es ist eine Frage der Gerechtigkeit. Deshalb werden wir Ihren Antrag auch ablehnen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Vizepräsident Alexander Hold von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Hold, Sie haben das Wort.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Ihrer Antragsbegründung steht unter anderem: "Sprache ist auch Ästhetik." Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen aber leider sagen: Ohne Inhalt ist Sprache bloß heiße Luft!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dass Ihr Antrag insgesamt unnötig ist, das haben Sie selbst in Ihrer Antragsbegründung geschrieben. Dort gestehen Sie nämlich selbst ein, dass die Staatsregierung bisher zum Sprachgebrauch nur Empfehlungen, aber keine verbindlichen Vorschriften erlassen habe. Zugleich bemängeln Sie aber die Tendenz zur Sprachverordnung. Da

rennen Sie bei mir offene Türen ein; denn Sprache lebt, Sprache verändert sich mit der gesellschaftlichen Veränderung. Daher lässt sich Sprache auch tatsächlich nicht verordnen.

Auch der von Ihnen zitierte Germanistikprofessor sagt das ganz richtig: Sprache wandelt sich entlang evolutionärer Bahnen und wird nicht verordnet. Die schärfste Art der Verordnung ist übrigens – auch da werden Sie mir zustimmen – das strikte Verbot. Was ist der Inhalt Ihres Antrags? – Das strikte Verbot gendergerechter Sprache. Sicher kann man darüber streiten, ob jede geschlechtsneutrale oder geschlechtsspezifische Formulierung der Klarheit und der Verständlichkeit dient. Das ist das eine. Das andere aber ist: Sie wollen allen bayerischen Behörden und Mitarbeitern gendergerechte Formulierungen schlicht verbieten. Mit etwas Humor könnte man sagen: Das ist ungefähr so widersprüchlich, wie wenn ein Abgeordneter hier behauptet, er wolle mit dem Tragen einer Gasmasken der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nase-Schutzes nachkommen, und kurz darauf in einem Interview zum Besten gibt: Ich wollte darstellen, wie sinnlos die Maskenpflicht ist. Ähnlich konsistent ist Ihre Argumentation hier. Aber ich bin trotzdem dankbar für diesen Antrag, Sprache zu verordnen und zu verbieten; denn die Begründung des Antrages zeigt Ihr großes Ziel. Dort zitieren Sie nämlich einen Linguisten, dessen Einschätzung nichts hinzuzufügen ist. Zitat: "Solche Eingriffe in die Sprache sind typisch für autoritäre Regimes, aber nicht für Demokratien." – Redebeitrag Ende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 18. Januar 1949 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Dort steht der Satz: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt." – Was für ein toller Satz! Ihn hat die SPD-Politikerin Elisabeth Selbert hart erkämpft.

(Beifall)

Am 15. November 1994 wurde dieser Passus im Grundgesetz ergänzt, und zwar folgendermaßen: "Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." – Am 7. Juli 2020 beschließt die Sächsische Staatsregierung im Kabinett, dass Gesetze und Rechtsverordnungen im Freistaat Sachsen künftig in einer geschlechtergerechten Sprache formuliert werden. Und heute, am 9. Juli 2020, will die AfD die Gendersprache in Bayern abschaffen – eine Sprache, die es gar nicht gibt, wie die Kollegin Guttenberger bemerkt hat.

Das aber gibt es: Umgangsformen und das Respektieren von männlichen und weiblichen Anreden und Bezeichnungen. Wer sensibel mit seinen Mitmenschen umgeht, verwendet diese Formen automatisch; denn sie drücken die Gleichberechtigung von Frau und Mann auch sprachlich aus. Sprache schafft die Voraussetzungen, die Realität und die Wahrnehmung nachhaltig zu ändern und ein Stück weit Gerechtigkeit herzustellen. Wir wollen, dass Frauen und Mädchen nicht nur mitgedacht und mitgemeint sind, sondern dass sie hör- und sichtbar sind. Das hat nichts mit Umerziehung, Macht und Zensur zu tun.

Bei der Rede der AfD-Abgeordneten, die meinte, man würde die Gedanken beeinflussen, ist mir eingefallen: Die Gedanken sind frei. – Ehrlich gesagt, habe ich mir gedacht: Was für ein Quatsch wird hier vorne eigentlich abgesondert? – Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Meine sehr verehrten Damen von der AfD – die Herren sind mitgemeint –, ich will nicht verhehlen

(Beifall – Heiterkeit)

– danke –, dass die eine oder andere Stilblüte aus der sogenannten gendergerechten Sprache für mich selber mitunter befremdlich wirkt. Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich, dass ich mitunter die Sprachpolizei von links echt nervig finde. Eines aber finde ich noch nerviger, und das ist die Sprachpolizei von rechts.

Sie reden hier von der autoritären Sprachverordnung und stellen einen Antrag, in dem Sie staatlich verordnen wollen, wie in bayerischen Behörden geschrieben werden darf und wie nicht? Sie wollen ein Verbot einer bestimmten Art von Sprache und halten das für einen Ausdruck von Freiheit? Denken Sie darüber mal nach? Haben wir keine anderen Probleme in diesem Land als die Weise, wie Behörden schreiben? Brauchen wir die Sprachpolizei der AfD, die jetzt sagen muss, wie geschrieben werden darf und wie nicht? Stellen Sie sich künftig hinter jeden bayerischen Beamten und schauen, dass die dort gepflegte Sprache auch der Ideologie der AfD entspricht?

Mir fehlt das Verständnis, und ich frage mich, ob Sie in diesem Parlament keine größeren Sorgen haben. Wir lehnen den Antrag natürlich ab.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Lettenbauer, vielleicht sollte man nicht den Bock zum Gärtner machen, sondern die Geiß, und damit bin ich schon beim Thema. In dem gemeinhin als Gendersprache Bezeichneten sehe ich den Versuch, über eine künstliche Modifikation unserer Sprache eine gesellschaftliche Veränderung zu erreichen und geschlechtsspezifische Sachverhalte in bestimmter Weise dauerhaft in unserer Sprache zu etablieren. Dass sich Gesellschaften per Sprachmanipulation verändern lassen, ist vermutlich nicht beweisbar, für mich aber trotzdem ein fragwürdi-

ges Unterfangen. Ich erachte die Art und Weise, wie man diese Gendersprache implementieren möchte, als hochgradig diskriminierend, undemokratisch, populistisch und absolut unsachlich. Das möchte ich kurz erklären.

Diskriminierend ist es, weil es all jenen, die nicht aus ideologischen, sondern aus sprachbewahrenden Gründen einer Genderisierung nicht zustimmen, unlautere Motive unterstellt und sie deshalb ausgrenzt.

Undemokratisch ist es, weil keine ergebnisoffene gesellschaftliche Debatte gegeben ist und es sie auch nicht geben wird. Politiker sind nicht die Sprachentwickler und -bewahrer. Politiker sind parteipolitisch affine Leute – Sie sehen es an sich selber –, die ihre Parteiklientel bedienen möchten und im Genderfall nicht das Wohl des gesamten Volkes im Auge haben, wenn sie überhaupt noch ein Volk im Auge haben.

Populistisch ist es, weil man bewusst populäre Entwicklungen wie die zunehmende Verstümmelung und Verbiegung unserer Sprache als Vehikel zu gesellschaftlichen Veränderungen benutzen möchte.

Unsachlich ist diese Genderisierung der deutschen Sprache, weil außer recht blauäugigen Verknüpfungen zwischen Sprache und menschlichem Verhalten eine soziale und gesellschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeit herbeigeträumt wird. Vorzugsweise geschieht dies natürlich von der linken Seite in diesem Haus, aber die Mitte ist da auch nicht ganz unverdächtig.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – Ich komme zum Ende. – Abgesehen von künstlich aufgesetzten Genderformen im Amts- und Behördendeutsch – ich habe das selber über viele Jahre erlebt – und in der politischen Debatte –

(Zurufe)

– hat sich im täglichen Leben sowie in der medialen Berichterstattung die Gendersprache letztlich nicht durchgesetzt.

(Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.